

Tätigkeitsbericht 2010

ESN ist das unabhängige Netzwerk für Sozialdienste in Europa. Wir haben es uns zum Anliegen gemacht, durch die Erbringung hochwertiger Sozialdienste eine Veränderung im Leben der verletzlichsten Gesellschaftsmitglieder zu bewirken. Unsere Mitglieder aus lokalen öffentlichen Sozialdiensten in ganz Europa spielen eine Schlüsselrolle bei der Ausrichtung und Erbringung von essentiellen Pflege- und Hilfsdiensten. Bei ESN kommen sie zusammen, um voneinander zu lernen und mit ihrer Erfahrung und Expertise zur Gestaltung einer effektiven Sozialpolitik auf europäischer und nationaler Ebene beizutragen.

Liebe Mitglieder, liebe Freunde des ESN,



Mit diesem Bericht wirft ESN einen Blick zurück auf seine Arbeit im Jahr 2010 und würdigt die Erfolge der letzten drei Jahre.

Dank der Unterstützung durch die Europäische Kommission konnte ESN seinen Mitgliedern und anderen Beteiligten eine Fülle von Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch anbieten. Die Anzahl der ESN-Mitglieder hat sich in den letzten drei Jahren annähernd verdoppelt, und wir konnten unsere Mitglieder auf nationalen Veranstaltungen stärker unterstützen; gleichzeitig waren wir auch bei der politischen Arbeit auf EU-Ebene in Form von Präsidentschaftsveranstaltungen, Konsultationen und Peer-Reviews aktiver denn je.

Zu unserer politischen Arbeit im Jahr 2010 gehörten *Policy Statements* zur Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung, zum Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden, zur EU-Agenda für die Rechte des Kindes und zum freiwilligen Qualitätsrahmen für soziale Dienste.

Ebenso hat sich die Vielfalt unseres Informationsangebots erhöht, insbesondere im Zeichen des Europäischen Jahrs 2010, für das wir zwei Kurzfilme und eine Reihe von Erfahrungsberichten von Betroffenen zum Thema der sozialen Ausgrenzung herausbrachten.

Im Jahr 2010 erneuerte Europa sein Engagement für soziale Eingliederung im kommenden Jahrzehnt. Auf der Europäischen Konferenz des Sozialwesens im Juni in Barcelona erklärte EU-Kommissar Andor den Teilnehmern: „Die sozialen Dienste, einschließlich ... der Sozialamtsleiter der Kommunen und Regionen, spielen eine wichtige Rolle bei der Aufgabe, 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszuhelfen.“

Im Dezember schloss ESN das Jahr 2010 – und das Dreijahresprogramm 2008-2010 – in Brüssel mit einem Mitglieder-Workshop ab. Diese Veranstaltung diente nicht nur zur Information über unsere bisherigen Erfolge, sondern auch zur Gestaltung unserer künftigen Arbeit. Auf dem Workshop ergaben sich anspruchsvolle und interessante Prioritäten; wir freuen uns darauf, diese im Jahr 2011 und darüber hinaus mit den Mitgliedern und Freunden von ESN weiterzuentwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Halloran', written in a cursive style.

John Halloran
Direktor

Weitere Informationen über diese Aktivitäten teilen wir Ihnen auf Anfrage gerne mit:
info@esn-eu.org

INHALT:

POLITIK UND PRAXIS

Psychische Gesundheit: Arbeitsgruppe und europäischer Pakt	4
Arbeitskräfte in der Langzeitpflege: Frühjahrsseminar in Athen	6
Auftragsvergabe für Qualität: Forschungsprojekt	7
Förderung ambulanter Betreuung: Arbeitsgruppe	8
Barcelona 2010: Europäische Konferenz des Sozialwesens	9

UNSERE ARBEIT AUF EU-EBENE

Europäisches Jahr 2010: Zirkus gegen Ausgrenzung	11
EY2010: Erfahrungsberichte von Betroffenen	12
Peer-Reviews.....	14

MITGLIEDER UND ORGANISATIONSLEITUNG

Veranstaltungen von Mitgliedern: Austausch und Lernen	16
Gestaltung unserer Zukunft: Workshop für Mitglieder	19

Psychische Gesundheit

Arbeitsgruppe und europäischer Pakt

ESN gründete 2010 eine Arbeitsgruppe, die einen wichtigen Beitrag zum Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden geleistet hat. Ziel des Pakts ist, die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung von Politiken zu unterstützen und zu informieren, beste Praktiken zu fördern, gemeinsame Probleme zu erörtern und Lösungen zu suchen. Der Pakt bezieht sich auf verschiedene Gesellschaftsgruppen und Probleme wie Stigma.

Die Modelle und Strukturen fallen innerhalb Europas unterschiedlich aus, doch die Dienstleistungen für psychische Gesundheit spielen für Menschen mit psychischen Problemen, die ohne Unterstützung kein erfülltes Leben führen können, überall eine entscheidende Rolle. In den meisten Ländern sind die Gesundheits- und Sozialdienste gesetzlich zum Schutz von Menschen mit psychischen Problemen verpflichtet; die ersten Ansprechpartner für eine Beratung sind oft Allgemeinmediziner und Sozialarbeiter, die die Betroffenen bei Bedarf an spezialisierte Dienste weiterleiten.

Ein ständiges Thema der ESN-Arbeitsgruppe und des Europäischen Pakts war die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Sozialdiensten: „Zwischen den verschiedenen Diensten gibt es nach wie vor Lücken, und manchmal funktioniert unsere Verständigung nicht sehr gut. In manchen Gegenden gibt es ausgezeichnete Dienstleistungen für Menschen mit psychischen Problemen, doch das hängt oft von nur einer Person ab. Wenn diese Person ausscheidet, fällt der gesamte Dienst auseinander“, erläuterte Terry Madden (Stadtverwaltung Dublin).

Die Arbeitsgruppe untersuchte, wie sich die Rechte von Menschen mit psychischen Problemen über die UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen sichern lassen. „Nach diesem Gesetz gilt, dass jedes Hindernis, vor dem ein behinderter Mensch steht, nicht von ihm selbst, sondern von der Gesellschaft verursacht wird“, erklärte Antje Welke vom Deutschen Verein.

Die Stimme von Menschen mit psychischen Problemen zu hören ist eine wichtige Voraussetzung für den Schutz ihrer Rechte. „Wer Dienstleistungen nutzt, verfügt über Ressourcen und Erfahrung – und damit lassen sich die Dienstleistungen für ihn verbessern“, sagte Lucy Butler vom Hampshire County Council. Wie Marianne Cohen vom Sozialamt Aarhus erklärte, wird das System hierdurch vor eine Herausforderung gestellt: „Viele Jahre lang galten die sozialen Fachkräfte als die einzigen Experten, doch heute arbeitet man mit zwei Experten: der Fachkraft und dem Betroffenen. Die Fachkräfte müssen akzeptieren, dass der Betroffene die Kontrolle über sein eigenes Leben behält.“

Doch selbst mit den besten Dienstleistungen bleibt das soziale Stigma von psychischen Problemen ein echtes Hindernis für eine Eingliederung. „Einmal psychisch krank, immer psychisch krank‘ – diese Einstellung lebt auch heute noch fort, obwohl hinreichend belegt ist, dass bei ca. 60% der Menschen mit schweren psychischen Problemen die Genesung

gelingt“, erklärte Anders Møller Jensen vom Nationalen Informationszentrum über Sozialpsychiatrie und Rehabilitation in Dänemark.

Lorenzo Rampazzo, Bereichsleiter für psychische Gesundheit der italienischen Region Venetien, fügte hinzu: „In einigen Fällen können die Mitarbeiter der Psychiatrie die Genesung behindern, z. B. wenn sie sich zu stark auf die Medikamente, Symptome und Therapie konzentrieren. Für eine soziale Rekonvaleszenz wird ein anderer Ansatz benötigt, der sich auf die Ressourcen der Patienten konzentriert.“ Marta Nieto von der FISLEM-Stiftung in Kastilien-La Mancha (Spanien) erklärte hierzu: „Wenn Mediziner und Politiker die Betroffenen wirklich in den Mittelpunkt des Genesungsprozesses stellen wollen, sind neue Methoden der Beteiligung erforderlich.“ Hristo Bozov, Vizebürgermeister von Varna in Bulgarien, fügte hinzu: „Und außerdem müssen wir das Netzwerk der Verwandten und Freunde des Betroffenen einbeziehen.“

Die Gruppe hat für ihre Arbeit acht Prioritäten gesetzt:

1. Umwandlung von Rechten und Werten in Maßnahmen
2. Förderung der Mitbestimmung von Betroffenen und Angehörigen
3. Aufbau von strategischer Planung und Stärkung der Zusammenarbeit
4. Sicherstellung einer professionellen Bedürftigkeitsprüfung
5. Entwicklung von persönlich gestalteter Versorgung und Unterstützung
6. Informationskampagnen zum Thema psychische Gesundheit
7. Ausarbeitung von ökonomischen Argumenten für ergebnisorientierte Investitionen
8. Entwicklung einer gemeinsamen Vision der psychischen Gesundheit in der EU

Eine strategische Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten auf lokaler Ebene ist zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit psychischen Problemen und zur Unterstützung ihrer Genesung unverzichtbar. „Die meisten Determinanten für psychische Gesundheit sind außerhalb des Gesundheitssektors angesiedelt; deshalb ist eine Zusammenarbeit zwischen den Sektoren von entscheidender Bedeutung“, erklärte Eija Stengård vom Forschungsinstitut THL Finnland. Um den Betroffenen die bestmöglichen Chancen für eine Genesung und Eingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen, sind Partnerschaften zwischen Betroffenen, Angehörigen, Pflegepersonen und Fachkräften (einschließlich der Dienstleitung) des Sozial- und Gesundheitswesens unverzichtbar.

ESN ist der Meinung, dass die Betroffenen in den Mittelpunkt ihres eigenen Genesungsprozesses gestellt werden sollten. Auf einem Workshop der vom Pakt für psychische Gesundheit veranstalteten Europäischen Konferenz gegen Stigma am 8. und 9. November in Lissabon ließ ESN die Stimmen der Betroffenen in die Debatte einfließen. Lise Jul Pedersen, eine frühere Nutzerin von Dienstleistungen für psychische Gesundheit in Dänemark, forderte die Teilnehmer auf, ihre Einstellung gegenüber Menschen mit psychischen Problemen zu überdenken: „Nach der gängigen Meinung sind hochqualifizierte Personen nicht von psychischen Problemen betroffen und schwere psychische Erkrankungen unheilbar. Vielleicht werde ich tatsächlich niemals vollständig genesen, aber damit muss ich leben. Und um gegen Diskriminierung in der Gesellschaft zu kämpfen, muss man ein Gefühl der Verantwortung und Kompetenz entwickeln, um wieder seinen Platz in der Gesellschaft zu erlangen.“

Weitere Informationen unter: <http://www.esn-eu.org/mental-health-working-group>

Arbeitskräfte in der Langzeitpflege

Frühjahrsseminar 2010, Athen

Thema dieses Seminars, das am 11. Mai in Zusammenarbeit mit der Zentralunion der Gemeinden und Kommunen Griechenlands (KEDKE), der Gemeinde Zografou und dem Ministerium für Beschäftigung und Soziales in Athen veranstaltet wurde, war die Zukunft der Arbeitskräfte in der Langzeitpflege.

„Wir möchten uns um die kümmern, die sich tagtäglich um andere kümmern“, erklärte Carlo Alberto Librera, Direktor für Heimpflege der Stadt Bozen (Italien), mit Blick auf die Strategie der Stadt zur Unterstützung ihrer Arbeitskräfte in der Langzeitpflege. Dieses Gefühl bildete die Grundlage für die Diskussion der 50 europäischen und griechischen Teilnehmer.

Zusammen mit der Gesundheitsfürsorge beschäftigt der Sektor des Sozialwesens heute zehn Prozent der Arbeitnehmer in der Europäischen Union. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden in diesem Sektor künftig immer mehr qualifizierte und engagierte Menschen benötigt; andernfalls müssen alternative Strategien zur Verringerung der Nachfrage nach formellen Pflegediensten in Erwägung gezogen werden. Viele gewöhnliche Menschen werden – vielleicht ohne es zu wissen – zu Pflegern, wenn ihr Partner oder ein Elternteil nicht mehr in der Lage ist, ein unabhängiges Leben zu führen.

In diesem Seminar wurden die verschiedenen möglichen Antworten auf die Herausforderung einer wachsenden Nachfrage nach Langzeitpflege bei einer gleichzeitig sinkenden Anzahl formeller Arbeitskräfte erörtert. Dr. Judy Triantafillou und Patrizia di Santo, Forscherinnen des EU-weiten Projekts INTERLINKS, erläuterten die Rolle der informellen Pflegepersonen bzw. Pflegekräfte mit Migrationshintergrund. Dr. Triantafillou erklärte: „Die Pflegepersonen benötigen selbst Unterstützung, müssen sich aber oft den Bedürfnissen der älteren Menschen unterordnen. So müssen sie sich z. B. statt ihrem Beruf der Pflege widmen und eigene Lösungen für die Pflege finden, wie z. B. durch die Beschäftigung von Pflegekräften mit Migrationshintergrund.“

Ein Beispiel der lokalen Praxis in Helsinki verdeutlicht den Wert eines fachübergreifenden Ansatzes zur Prävention und Rehabilitation als zentrale Strategie zur Verringerung der Nachfrage nach intensiven und/oder langfristigen Interventionen. Kirsi Santama, Beraterin des Riistavuori-Zentrums für Mehrfachdienstleistungen, erklärte hierzu: „Jede Fachkraft betrachtet den älteren Menschen aus einer anderen Perspektive: Ein Krankenpfleger auf der Station sieht einen Menschen mit Schmerzen, aber ein Physiotherapeut im Trainingsraum sieht eine andere Person.“

Im Londoner Lambeth Borough Council wurde ein neues Modell der integrierten Arbeitskraft- und Dienstleistungsplanung umgesetzt. Jo Cleary, Sozialamtsleiterin, erklärte hierzu: „Jedes Mal, wenn man eine Dienstleistung in Auftrag gibt, beschäftigt man Arbeitskräfte. Es kommt darauf an, dass die richtigen Arbeitskräfte die richtigen Dienste zu vertretbaren Kosten verrichten.“

Auftragsvergabe für Qualität in der Tschechischen Republik und in Spanien Forschungsprojekt

Am 21. Juli 2010 schloss ESN in Brighton eine Reihe von drei Forschungsworkshops für dieses zweijährige Projekt mit Teilnehmern aus der Tschechischen Republik und Spanien ab. Im Abschlussbericht, in dem auch Belgien, Deutschland, Schweden und Großbritannien Erwähnung finden, werden Antworten auf zwei Fragen gesucht:

- *Wie werden die Märkte reguliert, um die Qualität der Pflege und die Lebensqualität für ältere Menschen zu verbessern?*
- *Wie lassen sich die Beziehungen zwischen den Behörden und (anderen) Dienstleistern so gestalten, dass Qualitätssicherung und Verbesserungen gefördert werden?*

An diesem Workshop nahmen Vertreter der Städte Madrid und Ostravá, die gemeinnützigen Dienstleister ASISPA (Madrid) und Schlesische Diakonie sowie Experten für Langzeitpflege des spanischen Nationalinstituts für Altenpflege und Pflegebedürftigkeit (IMSERSO) und der tschechischen Karlsuniversität teil.

In den letzten Jahren wurden sowohl in der Tschechischen Republik als auch in Spanien Bargeldleistungen für Pflegebedürftige eingeführt. Die Anrechte der Leistungsempfänger werden in Spanien von den autonomen Regionen und in der Tschechischen Republik von den Gemeinden überprüft. In beiden Ländern bereitet die Tatsache Probleme, dass sich die meisten Betroffenen für Bargeldleistungen (zur Bezahlung von informellen Pflegediensten) entscheiden, statt Dienste in Anspruch zu nehmen – obwohl durch neue Gesetze versucht wurde, die Entwicklung eines Markts zu fördern, in dem die Betroffenen formelle Pflegedienste beziehen.

Das gesetzlich vorgeschriebene Qualitätsniveau schwankt auf nationaler Ebene in Spanien stärker als in der Tschechischen Republik. Im tschechischen Modell erfolgt die Bewertung sämtlicher Dienstleister landesweit nach denselben Normen, auch wenn der Prozess durch regionale Behörden verwaltet wird. Im spanischen Modell werden für diese Bewertung zentrale Mindeststandards festgelegt, aber anschließend können die autonomen Regionen zusätzliche Normen für die Dienstleister einführen.

Auch die Finanzierung ist unterschiedlich: Die Dienstleister in der Tschechischen Republik sind an einen kontinuierlichen Prozess gewöhnt, bei dem sie bei den verschiedenen nationalen Ministerien, Regionen, Gemeinden, Stiftungen und internationalen Organisationen Mittel beantragen. Die spanischen Dienstleister hingegen müssen nur in der Region eine Akkreditierung beantragen oder sich an Ausschreibungen der Gemeinde beteiligen; anschließend verfügen sie für den betreffenden Zeitraum über eine relativ stabile Finanzierung.

Diese Rollen und Beziehungen werden auf der kommenden 19. Europäischen Konferenz des Sozialwesens am 6.-8. Juli 2011 in Warschau auf einer speziellen Plenarsitzung ausführlicher erörtert. Weitere Informationen unter: www.esn-conference.org/home-warsaw

Förderung ambulanter Betreuung: die Herausforderungen der Zukunft Arbeitsgruppe

Die ESN-Arbeitsgruppe zur Förderung der ambulanten Betreuung setzte ihre Arbeit im Jahr 2010 fort, wobei es einige deutliche Bedenken hinsichtlich der Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Deinstitutionalisierung mitten in der Wirtschaftskrise gab. ESN erwägt Methoden zur praktischen und politischen Unterstützung dieser Arbeit in den kommenden Jahren.

Oft wird argumentiert, dass eine Wirtschaftskrise keinen guten Zeitpunkt zur Umstellung und Modernisierung eines Pflegesystems darstellt. Die Bewältigung von Kürzungen, eine schrumpfende Wirtschaft und die drohende Arbeitslosigkeit seien Herausforderung genug; andere systemische Herausforderungen wie eine Deinstitutionalisierung sollten daher erst in einem günstigeren Wirtschaftsklima angegangen werden.

Die Mitglieder der ESN-Arbeitsgruppe zur Förderung der ambulanten Betreuung bezeichneten es als häufigen Fehlschluss, die Deinstitutionalisierung als zwar wünschenswerte, aber nur in guten Zeiten umsetzbare Veränderung zu betrachten. Eine Deinstitutionalisierung erfordert aber den Übergang zu einer neuen Vision der Pflege, bei der die Betroffenen in den Mittelpunkt des Systems gestellt und zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse flexible und lokale Lösungen geschaffen werden.

Hinsichtlich der künftigen Herausforderungen waren die Mitglieder der Gruppe der Ansicht, dass die Implementierung schon heute dem Gesetz hinterherhinkt. „Wir haben ausgezeichnete Gesetze, aber ihre Ausführung ist oft fehlerhaft oder erheblich verzögert“, erklärte Aleksandra Caloševic vom Sozialen Innovationsfonds in Serbien. Zuweilen entwickeln sich sogar die neuen ambulanten Dienste zu isolierten Mini-Institutionen: „Diese Dienstleistungen wurden nun umgesetzt – aber wie stark beziehen wir wirklich die Gesellschaft vor Ort ein?“, fragte Bruno Forti von der Stadt Belluno in der Region Venezien.

Die Arbeitsgruppe war sich einig, dass ein gutes Pflegesystem nicht ohne eine Reihe von Zusatzdiensten funktionieren kann, wobei der Prävention besondere Beachtung geschenkt werden muss. „Was uns fehlt, ist ein ausreichendes System zur Unterstützung der Familien. Unsere Politiker machen die Familien gerne für sämtliche Probleme verantwortlich – aber die Familien erhalten erst Hilfe, wenn es schon zu spät ist“, bemerkte Ralitsa Petrova von der Stadt Sofia in Bulgarien.

In einem Kommentar zu diesen Herausforderungen stimmte ESN-Direktor John Halloran zu, dass der Übergang von Heim- zu ambulanter Betreuung für sämtliche Beteiligten – Politiker, Budgetverwalter, Fachkräfte des Sozial- und Gesundheitswesens und nicht zuletzt die Betroffenen und ihre Familien – mit erheblichen Veränderungen verbunden ist: „ESN engagiert sich für eine Unterstützung der Direktoren des lokalen öffentlichen Sozialwesens und der anderen Beteiligten, um für Menschen, die einen Großteil ihres Lebens in Heimen verbracht haben, Veränderungen zu bewirken. Manche sagen, dass sich dies momentan angesichts der Wirtschaftskrise nur schlecht verwirklichen lässt, doch ESN ist überzeugt, dass wir vor Ort praktische Lösungen finden müssen, die den Menschen zu einem normalen Leben verhelfen.“

Barcelona 2010: Die Förderung von Pflege und Integration unter schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen

3 Tage, 24 Workshops, 450 Teilnehmer

An der 18. Europäischen Konferenz des Sozialwesens vom 21. bis zum 23. Juni in Barcelona nahmen mehr als 450 Fachleute, Direktoren, Wissenschaftler und Politiker aus 33 europäischen und außereuropäischen Ländern teil, um die „Förderung von Pflege und Integration unter schwierigen Wirtschaftsbedingungen“ zu erörtern. Ebenso fand auf der Konferenz der jährliche Nordische Tag der Jugendarbeitslosigkeit statt, der vom Nordischen Wohlfahrts- und Sozialzentrum (NVC), einem ESN-Mitglied, veranstaltet wurde.

„Die sozialen Dienste, zu denen Sie alle als auf dieser Konferenz anwesende Leiter und Direktoren der Lokal- und Regionalregierungen gehören, spielen eine wichtige Rolle bei der Aufgabe, 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszuhelfen.“

László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Eingliederung

Die 19. Europäische Konferenz des Sozialwesens am 6.-8. Juli 2011 in Warschau bietet eine weitere Gelegenheit zur Erörterung der Herausforderungen beim Aufbau einer aktiven und sozialen Gesellschaft. Sie können sich für die Konferenz in Warschau unter dem folgenden Link anmelden:

www.esn-conference.org/home-warsaw

Barcelona 2010: Förderung von Pflege und Integration unter schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen

Empfehlungen

Anhand der in den Workshops vorgestellten guten Praxisbeispiele hat ESN eine Reihe von zentralen Aussagen der Konferenz zusammengestellt, begleitet von den in den Plenarsitzungen geäußerten Warnungen und Aufforderungen.

Die sozialen Dienste stehen unter einem beispiellosen Druck, den aufgrund der Wirtschaftskrise erhöhten Bedarf zu befriedigen und zugleich ihre Arbeit im Hinblick auf die langfristigen Herausforderungen fortzusetzen. Als Direktoren der Sozialdienste und als leitende Fachkräfte müssen wir uns heute mehr denn je sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer eigenen Organisationen für die **Werte der Sozialarbeit** und die **Prinzipien der öffentlichen Dienstleistungen** einsetzen.

Zusammen mit politischen Entscheidungsträgern müssen wir in diesem schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Umfeld neue Wege finden. Hinsichtlich der kurz- und langfristigen Investitionen und Prioritäten gilt es **schwierige Entscheidungen** zu treffen. Wir müssen mit Kostenträgern, Dienstleistern und Fürsprechern aus allen Sektoren auf lokaler Ebene **Bündnisse schließen**. Wir müssen die **Kontrolle über die Erwartungen**

die Öffentlichkeit hinsichtlich der Frage behalten, wie die Sach- und Dienstleistungen den Betroffenen helfen können und was von den Betroffenen im Gegenzug erwartet wird.

Politik und Praxis

Ausgehend von den Diskussionen über die Förderung von Pflege und Integration unter schwierigen Wirtschaftsbedingungen auf der 18. Europäischen Konferenz des Sozialwesens sind wir der Ansicht, dass wir Folgendes tun sollten:

1. Klarheit über die Werte des Sozialwesens behalten und auf ein **gemeinsames Verständnis** der sozialen Probleme hinarbeiten, vor denen die Personen in verschiedenen Dienstleistungsbereichen und Berufen stehen.
2. Trotz des unmittelbaren Drucks der Wirtschaftskrise auch **langfristige Herausforderungen** im Auge behalten, wie z. B. den demografischen Wandel und die zunehmende Migration, und für den Zeitpunkt vorausdenken und -planen, an dem die Wirtschaft wieder wächst.
3. Auf behutsame Weise einen Mittelweg finden zwischen den Bedürfnissen von **neuen Dienstleistungsnutzern** (z. B. Menschen, die aufgrund von Schulden oder Arbeitslosigkeit zum ersten Mal bedürftig sind) und den Bedürfnissen von Betroffenen, die schon vor der Krise soziale Dienste in Anspruch nahmen und Leistungen erhielten.
4. Einen Mittelweg finden zwischen **universellen Dienstleistungen** für alle und **zielgerichteten Ansätzen** für die am stärksten Gefährdeten, wofür wir die am stärksten Gefährdeten bei der Nutzung von universellen Dienstleistungen unterstützen und ihnen spezifische Hilfe anbieten müssen, damit sie ihre Probleme unter Kontrolle bringen oder überwinden können.
5. Uns auf politischer Ebene um Klarheit hinsichtlich der von den sozialen Diensten erwarteten **Ziele und Ergebnisse** bemühen und dabei die **Kompetenz und Erfahrung** der in vorderster Linie tätigen Fachkräfte anerkennen.
6. Das gesamte Spektrum an **finanziellen, personellen** (Fachkräfte des Sozialwesens, Pflegepersonen, Betroffene, Familien, die Gesellschaft vor Ort) und **infrastrukturellen** (neue Technologien, Gebäude) Ressourcen, die von den sozialen Diensten mobilisiert werden können, neu bewerten und anerkennen.
7. Die Anpassung an die Krise als einen **Prozess des „Change Managements“ (also der Bewältigung von Veränderungen)** betrachten, an dem die Betroffenen, Fachkräfte und Leitung in der gesamten Organisation sowie in den Partnerorganisationen beteiligt werden sollten.
8. Uns an die wachsende Nachfrage und abnehmenden Ressourcen **anpassen** und dabei den Mut haben, in Ansätze zu investieren, die sich als wirksam erwiesen haben, und Ansätze zu reformieren, bei denen dies nicht der Fall ist.
9. Gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit Transparenz zeigen hinsichtlich **der Kriterien und des Bewertungsverfahrens** (einschließlich aller eventuellen Veränderungen) für den Bezug von Dienst- oder Sachleistungen sowie hinsichtlich der Frage, wie viel **Eigenbeteiligung** den Betroffenen je nach ihren finanziellen Mitteln zugemutet wird.
10. Auf politischer Ebene das Verständnis für die Tatsache fördern, dass zur Lösung von **langfristigen Problemen** Investitionen in das Sozialwesen zur Verbesserung der physischen Infrastruktur und personellen Ressourcen erforderlich sind.

Europäisches Jahr 2010: Stimmen von Dienstnutzern ESN auf dem Zirkus gegen Ausgrenzung

„Stimmen von Betroffenen“ war der Titel einer offenen Sitzung des ESN auf dem „Zirkus gegen Ausgrenzung“, einem partizipativen Forum, das am 20. Oktober anlässlich des Europäischen Jahrs 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Brüssel stattfand.

Auf dem Zirkus gegen Ausgrenzung stellte ESN den Film „Stimmen von Dienstnutzern“ vor, in dem die Erfahrungen von Menschen gezeigt werden, die soziale Dienste nutzen oder im Sozialwesen arbeiten, und in dem Probleme verdeutlicht werden, die Armut und soziale Ausgrenzung verursachen oder die durch sie verstärkt werden. „Mit diesem Film wollten wir die Beziehung zwischen den Nutzern von sozialen Dienstleistungen und den Fachkräften des Sozialwesens aus nächster Nähe verdeutlichen“, erklärte ESN-Direktor John Halloran.

Nach dem Film äußerten die Panel-Teilnehmer und Zuschauer ihre Reaktionen. Elspeth Darby vom britischen Arbeits- und Rentenministerium erklärte: „Die in diesem Film gezeigten Probleme sind uns wahrscheinlich allen bekannt – unabhängig vom Land.“

Fabian Zuleeg, Chefökonom des European Policy Centre, stellte den Film in einen breiteren Kontext: „Soziale Dienste werden nicht im Vakuum erbracht. Wir befinden uns in einer äußerst schwierigen Situation: das Altern und der Rückgang der Bevölkerung, eine ungleichmäßige Gesundheitsversorgung und eine Krise der öffentlichen Finanzen, die uns noch jahrzehntelang begleiten wird. Momentan klafft in der EU zwischen den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben eine Lücke in Höhe von ca. 6-8% des Bruttoinlandsprodukts.“ Fintan Farrell vom Europäischen Netzwerk gegen Armut (EAPN) erklärte, dass es durchaus genug Geld gebe, um z. B. ältere Menschen zu versorgen, doch dass die „Regierungen die Fähigkeit zur Beschaffung dieser Mittel verloren“ hätten. Marie-Anne Paraskevas von der Europäischen Kommission sprach vom neuen europäischen Ziel bei der Armutsbekämpfung: „Ein Ziel zu haben ist eine echte Errungenschaft, doch damit werden nicht alle Facetten der sozialen Ausgrenzung erfasst.“

Auf eine Frage von Hugh Frazer, der den Vorsitz der Sitzung führte, über die Sichtbarkeit der sozialen Dienste in der politischen Arena, erklärte Neelam Bhardwaja, Sozialamtsleiterin der Stadt Cardiff: „Soziale Dienste können als Belastung aufgefasst werden, was vielleicht mit ihrem hohen Bedarf an Ressourcen zusammenhängt. In meiner Rolle versuche ich ständig, für die Werte der Sozialarbeit zu werben und mich für unsere Tätigkeit einzusetzen.“ Fabian Zuleeg griff dieses Thema auf: „Woran es noch immer mangelt, ist ein Beweis für den Wert der sozialen Dienste. Um Resultate nachzuweisen, benötigt man im Wesentlichen eine wirtschaftliche Forschung.“

Kjeld Sieljacks, Vorsitzender der dänischen Landesorganisation für obdachlose Menschen (SAND), kam noch einmal auf das zentrale Thema des Films zurück und erinnerte daran, dass die sozialen Dienste „den Menschen dort begegnen müssen, wo sie sind.“

Europäisches Jahr 2010: Berichte von Betroffenen

Wo soziale Dienste einen Unterschied machen können

Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sammelte ESN die Berichte von zehn Menschen und ihrem Kampf gegen die Bedürftigkeit. Maria und Stefan, beide 32, mussten in ihrem Leben in verschiedenen Ländern Europas mit unterschiedlichen Problemen fertig werden und sich um Veränderungen bemühen. Heute, als Erwachsene, haben beide dasselbe Ziel: eine bessere Zukunft für ihre Kinder.

MARIA LIPITOR



Die 32-jährige Maria Lipitor hat für sich und ihre 10-jährige Tochter Neda endlich eine Bleibe gefunden. Als Maria so alt war wie Neda, musste sie ihr Elternhaus verlassen und auf der Straße leben. „Als ich klein war, starb mein Vater, und meine Mutter lernte einen anderen Mann kennen. Sie tranken, vernachlässigten uns und misshandelten mich und meine Geschwister“, erzählt Maria.

Diese Umstände zwangen sie zu fliehen und auf der Straße zu leben. „Das Leben auf der Straße ist wirklich hart. Ich musste stets die Augen offen halten, um nicht in Gefahr zu geraten“, erklärt Maria. Um sich Geld für Essen zu beschaffen, verkaufte sie auf dem Markt Zigaretten; manchmal musste sie auch betteln gehen. „Eine wohltätige Organisation half mir, von der Straße wegzukommen, und Gott stand mir bei – sonst niemand.“

Als Erwachsene versuchte sie, sich eine neue Heimat aufzubauen: „Ich lernte einen Mann kennen und dachte, dass wir zusammen eine Familie gründen könnten.“ Doch als Neda auf die Welt kam, sandte der Vater die beiden zum Betteln auf die Straße. „Die meiste Zeit verbrachte ich mit meiner kleinen Tochter auf der Straße, bis eine Polizeistreife uns mitnahm und das städtische Jugendamt benachrichtigte. Das Amt nahm mir mein Kind weg und brachte es beinahe drei Jahre lang bei Pflegeeltern unter.“

Doch Maria blieb mit der Pflegefamilie in Kontakt und trennte sich zwischenzeitlich von Nedas Vater. Im Nachtsyl der Caritas fand sie Unterkunft, Essen und Arbeit. „Ich habe ein Zimmer nur für mich und meine Tochter. Es gibt ein Bad, eine Küche und alles Nötige für ein anständiges Leben. Außerdem habe ich eine Arbeit und erhalte Hilfe und Unterstützung, wann immer wir sie brauchen. Hier kann ich arbeiten und dabei meine Tochter in der Nähe haben. Neda geht inzwischen zur Schule. Ich möchte, dass sie lernt und Fortschritte macht“, erklärt sie. Maria weiß, dass ihr Leben einfacher verlaufen wäre, wenn sie in der Vergangenheit bessere Chancen gehabt hätte. „Jetzt, da ich Neda wiederhabe, möchte ich ihr zu einem anderen Leben verhelfen – einem besseren“, erklärt sie.

STEFAN JUL GUNNERSEN



Der 32-jährige Stefan Jul Gunnensen, eine ambitionierte junge Fachkraft, arbeitet als Redakteur für das Statistische Jahrbuch des staatlichen Statistikamts von Dänemark. In seiner Freizeit ist er Musikproduzent und erkundet Möglichkeiten für eine neue Karriere als Schriftsteller.

Stefans Vergangenheit war vom intensiven Schmerz erfüllt, den jedes Kind verspürt, das ohne Mutter aufwachsen muss: „Meine Mutter war nie richtig in der Lage, meine Bedürfnisse als Baby und Kleinkind zu erfüllen. Sie erschien mir immer weit weg. Als ich kaum fünf Jahre alt war, nahm sie sich das Leben.“

Schon als Zweijähriger lebte Stefan tagsüber bei Pflegeeltern. „Meine Pflegemutter arbeitete in einer Kindertagesstätte, wo sie mich, meine Mutter und meinen getrennt lebenden Vater kennen lernte. Sie wollte uns wirklich helfen“, erklärt Stefan. Nach dem Tod seiner Mutter kam er bei derselben Pflegefamilie unter.

„Ich war sehr unglücklich; alles, was ich wirklich wollte, war meine Mutter“, erinnert sich Stefan. Als Jugendlicher flüchtete er sich in die Welt der Computer: „Ich spielte liebend gerne Computerspiele und verstand mich mit zehn Jahren schon ein wenig aufs Programmieren.“ Damit stieß er jedoch bei seinen Pflegeeltern – traditionellen, extrovertierten Menschen mit einer Vorliebe für Aktivitäten im Freien – auf wenig Verständnis. „Als Teenager fühlte ich mich irgendwie fehl am Platz“, gibt Stefan zu. Einer seiner älteren Stiefbrüder war für ihn jedoch ein gewisses Vorbild: „Ich wusste, dass er die Wahrheit sagte; wenn er mich ausschimpfte, wusste ich, dass ich etwas falsch gemacht hatte. Und wenn er mich lobte, fühlte ich mich richtig stolz.“

Die Lücke, die seine biologischen Eltern hinterließen, ließ sich nie füllen. „Aber ich habe festgestellt, dass ich diese Lücke schließen kann, wenn ich selbst anderen helfe – das verleiht meinem Leben einen Sinn.“ Auf diese Weise stieß Stefan zu TABUKA, einem Verein für Menschen, die ihr Leben in Pflegefamilien verbracht haben und an einer Verbesserung des Systems arbeiten. Um auf die Probleme aufmerksam zu machen, mit denen die Kinder in der Übergangsphase zu kämpfen haben, veranstalten sie Vorträge und Seminare mit Pflegefamilien und Sozialarbeitern. Ihr wichtigstes Ziel ist die Schaffung des Sicherheitsnetzes, das jedes Kind benötigt.

Stefans Botschaft an die Sozialarbeiter lautet: „Bringt euch den Kindern nahe und nehmt sie in den Arm.“ Genau das vermisste er am stärksten. „Vor Kurzem wurde ich selbst Vater; über meine Rolle als Vater und über meinen Sohn habe ich eine Menge nachgedacht. Ich habe mich selbst niemals sicher gefühlt – weder mit meiner Mutter noch im Pflegeverhältnis. Meinem Sohn möchte ich eine solide Basis von Vertrauen und Sicherheit bieten.“

Weitere Erfahrungsberichte unter: www.esn-eu.org/2010

Peer-Reviews

Vertretung von lokalen öffentlichen sozialen Diensten

ESN berichtete über seine Erfahrungen und Kenntnisse im Bereich der guten Praxis auf drei Peer-Reviews mit nationalen Politikern, Wissenschaftlern und Beteiligten; die Themen reichten von der Unterstützung für neue Mütter bis hin zur Akkreditierung für Träger. Die von der EU finanzierten Peer-Reviews sind ein Forum für nationale Regierungen zur Vorstellung und Erörterung von innovativen Politiken und Projekten gemeinsam mit Ländern und Beteiligten in derselben Situation.

Bundesstiftung „Mutter und Kind“

Berlin, Deutschland, Januar 2010

Die deutsche Bundesregierung stellte die Arbeit der Stiftung zur Schwangerschaftsberatung und finanziellen Unterstützung von jungen Frauen mit Geldproblemen vor. Die Stiftung verfügt über einen Jahresetat von 92 Millionen Euro und eine Reihe von lokalen Zentren; ebenso kann sie junge Frauen an andere spezialisierte Dienste überweisen. „Die Hilfe muss rasch und unbürokratisch erfolgen. Wichtig sind persönliche Kontakte, Verständnis und Ermutigung in den Beratungszentren“, erklärte Staatssekretär Hermann Kues.

Die Bundesregierung griff die Vorschläge von mehreren Teilnehmern (darunter auch ESN) für eine stärkere Kontrolle der Ergebnisse der Stiftungsarbeit auf – ein Aspekt, der in vielen Bereichen der Sozialarbeit und Pflege weiterhin Probleme bereitet. Daniel Molinuevo (bis April 2010 Politik- und Forschungsbeauftragter von ESN) erklärte hierzu: „Die einzelnen Dienste müssen wissen, welchen Platz sie im Gesamtrahmen einnehmen. Die Stiftung ist ein gutes Beispiel für einen solchen Rahmen.“

Qualitätssicherung für die Langzeitpflege in Heimen

Murnau, Bayern, Deutschland, 18.-19. Oktober

Zur Ergänzung des von der Pflegeversicherung auf Bundesebene betriebenen Systems arbeitet die bayerische Staatsregierung mit einem eigenen System zur Qualitätssicherung und -prüfung in Pflegeheimen. Die Einhaltung der Qualitätsvorgaben des bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes wird von kommunalen Prüfbehörden kontrolliert.

Die Vertreter von mehreren anderen Ländern berichteten, dass sie sich von einem rein prüforientierten Qualitätsansatz wegbewegen und stattdessen zunehmend auf Methoden setzen, bei denen die Prüfungen mit Beratungen und Selbstbewertungen sowie mit einem wirksamen internen Qualitätsmanagementsystem verknüpft werden. Ebenso erkannten sie die Notwendigkeit eines Dialogs über Qualität zwischen den Kostenträgern, freien Trägern und weiteren Beteiligten (einschließlich der Bewohner und ihrer Angehörigen) an.

ESN wurde auf dieser Tagung von Alexis Jay vertreten, leitende Beraterin für Sozialarbeit der schottischen Regierung. Frau Jay erklärte: „Selbst bei einem Höchstmaß an Qualität in Pflegeheimen werden auch die künftigen Generationen von Senioren in der Regel lieber zu Hause wohnen und die Kontrolle über ihre Pflege behalten.“

Sicherstellung von erstklassiger Qualität für soziale Dienste

Rumänien, 29.-30. Juni

In ihrem allerersten Peer-Review stellte die rumänische Regierung ihr Akkreditierungssystem vor, mit dem für öffentliche und private Träger verbindliche Qualitätskriterien festgelegt werden. Zu den Kriterien gehören: effiziente Betriebsführung, Achtung der Ethik und Rechte der Betroffenen, Beteiligung der Betroffenen, öffentlich-private Partnerschaft und kontinuierliche Bewertung. Nach Ansicht von Nicu Dumitru Cornoiu, Staatssekretär des rumänischen Arbeits-, Familien- und Sozialministeriums, „ermöglichen es die sozialen Dienste den lokalen Gemeinschaften, sich auf die Veränderungen in der Gesellschaft einzustellen; die Dienste müssen an die Bedürfnisse der einzelnen Personen angepasst werden“.

Stephen Barnett, ESN-Referent, fasste die Stellungnahme von ESN zu diesem akkreditierungsorientierten Modell wie folgt zusammen: „Am Übergang von einer Akkreditierung zu erstklassiger Qualität ist das gesamte System beteiligt, einschließlich der Bereiche Planung, Bewertung, Zugang und Bereitstellung.“ Heike Hoffer vom Deutschen Verein erklärte als weitere Vertreterin von ESN: „Die Qualität der Sozialfürsorge geht nicht unbedingt mit der Lebensqualität einher. Mindeststandards für die Qualität der Sozialfürsorge sind erforderlich, aber sie verbessern nicht immer die Lebensqualität. Die Betroffenen haben das Recht auf eine gewisse Flexibilität.“

Veranstaltungen von Mitgliedern in ganz Europa

Unterstützung von Austausch und Lernen

ESN stellte 2010 auf verschiedenen Konferenzen der Mitglieder die Lehren aus seinem Austauschprogramm vor und machte europäische Initiativen bekannt.

Cluj, Rumänien

Landeskonzferenz über das Sozialwesen

Zum zweiten Mal veranstaltete die Gemeinde Cluj am 7. und 8. Juni eine Landeskonzferenz über das rumänische Sozialwesen. Aufbauend auf dem Erfolg der ersten Tagung im Jahr 2009 wurden auf dieser Konferenz die Herausforderungen bei der sozialen Eingliederung der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen untersucht, einschließlich der am schwersten vermittelbaren Arbeitssuchenden, der Kinder und der Gemeinschaft der Roma.

An der zweitägigen Veranstaltung in Siebenbürgen nahmen etwa 150 Teilnehmer aus ganz Rumänien teil; zwölf ESN-Vertreter aus acht Ländern beteiligten sich an fünf Workshops und der Plenarsitzung. Ein ESN-Mitglied beschrieb die Erfahrung so: „Für mich war es sehr hilfreich, mit unseren rumänischen Kollegen in Kontakt zu treten und ihre sozialen Dienste kennenzulernen. Ich hatte Gelegenheit, mein berufliches Netzwerk zu erweitern, Erfahrungen auszutauschen und Probleme bei der Umsetzung und Weiterentwicklung von sozialen Diensten zu erörtern.“

Kastilien-La Mancha, Spanien

Erste Vereinigung für Betroffenen mit psychischen Problemen

In der spanischen Region Kastilien-La Mancha, ein ESN-Mitglied seit 2009, wurde die Vereinigung Apemfenix gegründet – der erste Verband der Region für Menschen mit psychischen Problemen. Auf der Gründungsveranstaltung am 13. Dezember in Toledo trafen sich die verschiedensten Beteiligten, darunter Vertreter der Regional- und Lokalregierungen sowie der Spanische Verband von Familien und Personen mit psychischen Problemen (FEAFES).

Die Regionalregierung verwies erneut auf ihre Arbeit im Rahmen von FISLEM, der Gesundheits- und Sozialstiftung zur Integration von Menschen mit psychischen Problemen. FISLEM, ein Mitglied von ESN, unterstützt Menschen mit psychischen Problemen und ihre Familien durch Informationskampagnen, Forschungsprojekte und Schulungsmaßnahmen, um das gesellschaftliche Stigma zu beseitigen, das den Betroffenen nach wie vor anhaftet. Der ESN-Referent Alfonso Montero erklärte gegenüber den Teilnehmern: „Sie sind nicht alleine; Sie haben die Unterstützung der EU und Ihrer Regionalregierung. Die Instrumente sind vorhanden – nutzen Sie sie.“

Nordisches Wohlfahrtszentrum

Die Herausforderung der Jugendarbeitslosigkeit angehen

Das Nordische Zentrum für Wohlfahrt und Soziales (NVC) ist die führende Kraft der „Globalisierungsinitiative“ – einer Reihe von sieben Projekten im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik, die vom Nordischen Ministerrat ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen von einem dieser Projekte veranstaltete das NVC am 7. Oktober eine Konferenz, um Erfahrungen und Informationen über die Situation von jungen Menschen auszutauschen.

Die vor allem von Beamten der nordischen Staaten besuchte Konferenz war auch eine Gelegenheit zur Bekanntmachung der Broschüre „Ausgrenzung von Jugendlichen im Brennpunkt“ des NVC, in der die wichtigsten Bereiche beschrieben werden, auf die sich die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit konzentrieren müssen.

In einer Rede auf der Veranstaltung wies John Halloran die Teilnehmer darauf hin, dass beinahe 15% der Jugendlichen die Schule ohne ordentliche Ausbildung oder Abschluss abbrechen: „Diese Menschen laufen Gefahr, zu einer ‚verlorenen Generation‘ zu werden, wenn wir nicht rasch Maßnahmen ergreifen, um den Zugang zu Schulungen, Lehrstellen und Gelegenheiten zum lebenslangen Lernen zu verbessern.“

Provinz Castellón, Spanien

Förderung der Innovation durch Netzwerke

Die Provinz Castellón hat vor Kurzem zusammen mit 15 Gemeinden und der autonomen Region Valencia das Netzwerk für Innovation und soziale Qualität gegründet. Auf der ersten Konferenz dieses Netzwerks mit dem Titel „Soziale Innovation und Qualität: Antworten auf neue soziale Herausforderungen“ am 3. Juni in Castellón wurden die in der Krise neu entstandenen Formen der Armut erörtert.

Stephen Barnett berichtete über die Erfahrungen von ESN bei der Förderung von Innovation durch Austausch. Er erklärte den Teilnehmern: „In Krisenzeiten sind Netzwerke wichtiger denn je, damit wir voneinander lernen und besser auf neue Herausforderungen reagieren können.“

Niederschlesien, Polen

Die Perspektive der Fachkräfte des Sozialwesens

Das Niederschlesische Regionalzentrum für Sozialpolitik veranstaltete am 17. November in Breslau eine Konferenz zur Vorstellung der Ergebnisse seines aktuellen Forschungsprojekts zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung, aus denen hervorgeht, dass die Fachkräfte des Sozialwesens von den Gemeinden zuverlässige Hilfe und Unterstützung für von sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen erwarten. Zur Eröffnung der Konferenz hielt Sławomir Piechota, Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik im polnischen Parlament, eine leidenschaftliche Rede über die Werte der Sozialarbeit und die Herausforderungen, vor denen die Fachkräfte in diesem schwierigen Wirtschaftsklima stehen.

Das Institut zur Entwicklung des Sozialwesens (Warschau) stellte eine aktuelle Studie vor, aus der hervorgeht, dass die beste Qualität der Pflege für ältere Menschen von informellen Partnerschaften zwischen den Sozialdienstzentren, Arbeitsämtern, Ärzten, kulturellen Einrichtungen und der Gemeinde selbst abhängt, wobei der Gemeinde oft eine Führungsrolle zukommt.

Dorota Tomalak, ESN-Referentin, ging auf die europäische Perspektive dieses Themas ein und stellte die neue EU-Strategie 2020 vor, in der das ehrgeizige Ziel gesetzt wird, 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszuhelfen.

Erfolge weitergeben und unsere Zukunft gestalten

Workshop für ESN-Mitglieder

Am 6. und 7. Dezember 2010 trafen sich in Brüssel Vertreter der ESN-Mitgliedsorganisationen, um die Arbeit von ESN im Zeitraum von 2008 bis 2010 zu bewerten und die künftige Arbeit für die Jahre 2011-2013 festzulegen, in denen ESN eine neue dreijährige Partnerschaft mit der Europäischen Kommission eingeht.

Hinsichtlich ihrer Mitarbeit im ESN während der letzten drei Jahre bezeichneten die Mitglieder die Gelegenheiten zur Zusammenarbeit mit anderen, zur Netzwerkarbeit mit europäischen Kollegen, zum Austausch von Erfahrungen und zum Sammeln von Argumenten für lokale oder nationale Reformen im Heimatland als wertvoll. Ebenso würdigten sie die Gelegenheit zum Vergleich ihrer eigenen Länder, Regionen oder Gemeinden mit anderen in Europa. Die Mitglieder berichteten, dass sie nach Rückkehr in ihr Heimatland oft weitere Recherchen vornehmen, um einen Ansatz zu entwickeln, der zu den von ihnen geleiteten Diensten passt.

Zwei Gäste schilderten den ESN-Mitgliedern ihre Perspektive des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontextes in den kommenden Jahren. Fabian Zuleeg, Chefökonom des European Policy Centre, erklärte gegenüber den Teilnehmern: „Die Bedingungen könnten meiner Meinung nach nicht ungünstiger ausfallen: Zu den langfristigen Bedrohungen wie dem Klimawandel, den demografischen Veränderungen und der Migration kommen die kurzfristigen Probleme der Wirtschaftskrise.“ Hugh Frazer, Koordinator des EU-Expertennetzwerks für soziale Eingliederung, verwies auf einen kommenden Bericht über die sozialen Auswirkungen der Krise und betonte die Vielfalt dieser Auswirkungen: „Am stärksten scheinen die Länder in Mitleidenschaft gezogen worden zu sein, in denen die Sozialfürsorge schwächer ausgebaut ist und schon zuvor ein hohes Maß an Ungleichheit herrschte.“

Vor diesem Hintergrund erörterten die Teilnehmer anschließend die potenziellen Prioritäten für ESN während der kommenden Jahre. Zuvor hatten die Teilnehmer bereits in einer Online-Umfrage drei Themen ausgewählt:

- **Zusammenarbeit im Gesundheits- und Sozialwesen** zur Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen oder älteren Menschen
- **Kontrolle und Auswahl für Betroffene**: persönliche Budgets, Eigenbeurteilung, Gutscheine, Schutz im Verhältnis zum Risiko, Rechte und Pflichten, Nutzerräte, Zugang und Bedürfnisbewertung
- **Aktive und soziale Gesellschaft**: ambulante Maßnahmen, Unterstützung von familiären bzw. informellen Pflegepersonen, Förderung der Freiwilligenarbeit

Anschließend stimmten die Mitglieder auf dem Workshop über drei zusätzliche Themen ab:

- **Ressourcen – mit weniger mehr erreichen:** Innovation, Gebühren für Betroffene, Bedürftigkeitsprüfung, Freiwillige, Technologie, Mitarbeiter
- **Führungs- und Leitungsfunktionen** im Sozialwesen und die Rolle des Sozialdienstleiters
- **Kinder:** Kinderschutz, minderjährige Asylsuchende, Kinder in bzw. beim Ausscheiden aus Pflegeverhältnissen, Verringerung der Schulabbrüche

Zusammen mit den Prioritäten des vergangenen Jahres 2010 der **Förderung der ambulanten Betreuung** und der **psychischen Gesundheit** werden diese Themen die Arbeit von ESN in den Jahren 2011 bis 2013 bestimmen.

Weitere Informationen über unsere Aktivitäten teilen wir Ihnen auf Anfrage gerne mit: info@esn-eu.org. Sie können Stephen Barnett im ESN-Sekretariat auf Deutsch schreiben: stephen.barnett@esn-eu.org